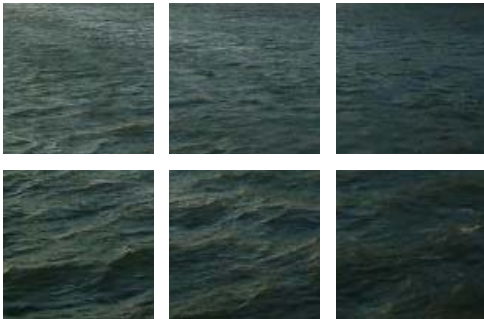


Wir machen Schifffahrt möglich.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit



Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Verwaltungsvereinbarung Neckar

- August 2008: Abschluss der Verwaltungsvereinbarung über ökologische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar
- Der Neckarausbau auf baden-württembergischen Staatsgebiet umfasst 24 Schleusenverlängerungen, den Bau mehrerer Wendestellen und Liegestellen, Streckenanpassungen und Seitenkanalsicherungen.
- Als Kompensation für die hiermit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft errichtet der Bund an 7 Staustufen neue Fischaufstiegsanlagen.
- An weiteren zwei Staustufen werden bestehende Fischaufstiege im Zuge der Schleusenverlängerung zerstört und von der WSV neu errichtet.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Verpflichtung der WSV aufgrund der neuen Rechtslage

§ 34 Abs. 1 WHG n.F.:

Die Errichtung, die wesentliche Änderung und der Betrieb von Stauanlagen dürfen nur zugelassen werden, wenn durch geeignete Einrichtungen und Betriebsweisen die Durchgängigkeit des Gewässers erhalten oder wiederhergestellt wird, soweit dies erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 zu erreichen.

§ 34 Abs. 3 WHG n.F.:

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes führt bei Stauanlagen an Bundeswasserstraßen, die von ihr errichtet oder betrieben werden, die nach den Absätzen 1 und 2 erforderlichen Maßnahmen im Rahmen ihrer Aufgaben nach dem Bundeswasserstraßengesetz hoheitlich durch.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Welche Verpflichtungen des Wasserkraftbetreibers gibt es?

§ 35 Abs. 1 und 2 WHG n.F.:

Die Nutzung von Wasserkraft darf nur zugelassen werden, wenn auch geeignete Maßnahmen zum Schutz der Fischpopulation ergriffen werden.

Entsprechen vorhandene Wasserkraftnutzungen nicht den Anforderungen nach Abs. 1, so sind die erforderlichen Maßnahmen innerhalb angemessener Frist nachzuholen.

§ 34 Abs. 1 und 2 WHG n.F.:

Der Wasserkraftbetreiber könnte darüber hinaus auch als Betreiber einer Stauanlage verpflichtet sein, die Durchgängigkeit des Gewässers herzustellen.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Ist der Wasserkraftbetreiber gleichzeitig Betreiber einer Stauanlage? (am Beispiel NAG am Neckar)

- „Stauanlage“

Der Begriff Stauanlage ist gesetzlich nicht näher definiert.

DIN 19700 Stauanlagen:

Teil 13 definiert die Staustufe; diese umfasst das Wehr mit den Stauhaltungsdämmen, gegebenenfalls das Kraftwerk, die Schiffsschleuse und die Stauhaltung.

Orientiert hieran, würde auch das Kraftwerk Teil der Stauanlage sein – eine Verpflichtung des Wasserkraftbetreibers würde unmittelbar aus dem Betrieb des Wasserkraftwerks resultieren.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Ist der Wasserkraftbetreiber gleichzeitig Betreiber einer Stauanlage? (am Beispiel NAG am Neckar)

Angenommen das Kraftwerk gilt nicht als Teil der Stauanlage.

Der Wasserkraftbetreiber könnte trotzdem als Betreiber des Wehrs verpflichtet sein:

Das Wehr steht im Eigentum und der Unterhaltung der WSV; die Regulierung des Wasserabflusses erfolgt aufgrund vertraglicher Regelungen durch die NAG bis zu dem für die Wasserkraftgewinnung maximalen Abfluss.

Darüber hinaus wird die Abflussregulierung von der WSV vorgenommen.

Wenn man diese Feinregulierung des Wehrs als Betrieb der Stauanlage wertet, ist der Wasserkraftbetreiber gemäß § 34 Abs. 1 und 2 WHG n.F. zur Herstellung der Durchgängigkeit verpflichtet.

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Verhältnis § 34 Abs. 1 und 3 WHG n.F.

§ 34 Abs. 3 WHG n.F. hat lediglich klarstellende Funktion für die hoheitliche Aufgabenwahrnehmung durch die WSV

→ Sowohl der Wasserkraftbetreiber als auch die WSV sind für die Wiederherstellung der Fischdurchgängigkeit verantwortlich

Hierfür spricht:

- Gesetzeswortlaut § 34 Abs. 1 WHG n.F. ; Abstellen auch auf den Betrieb einer Stauanlage
- Gesetzesbegründung der BReg: „Abs. 3 stellt klar, dass... von der WSV eigenverantwortlich durchgeführt werden;....“
- Gegenäußerung der BReg: „Entgegen der Begründung des BRats sollen mit der Regelung des § 34 Abs. 3 der WSV des Bundes keine neuen Aufgaben übertragen werden,....“

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Verhältnis § 34 Abs. 1 und 3 WHG n.F.

- § 34 Abs. 3 WHG n.F. ist im Verhältnis zu § 34 Abs. 1 und 2 WHG n.F. als *lex specialis* für die Verantwortlichkeit für Stauanlagen an Bundeswasserstraßen zu sehen

→ Der Gesetzgeber sieht eine alleinige Verantwortlichkeit der WSV für die Wiederherstellung der Durchgängigkeit vor

Hierfür spricht:

- Verursacherprinzip – Errichtung und Betrieb der Stauanlagen
- Gesetzesbegründung d. BReg: „Für die Herstellung der Durchgängigkeit... wird mit Kosten in Höhe von 700 Mio. Euro und zusätzlichen Personalkosten... gerechnet.“
- Stellungnahme des BRats: „...wird der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die Aufgabe der Wiederherstellung der Durchgängigkeit ... ausdrücklich übertragen.“

Verwaltungsvereinbarung am Neckar

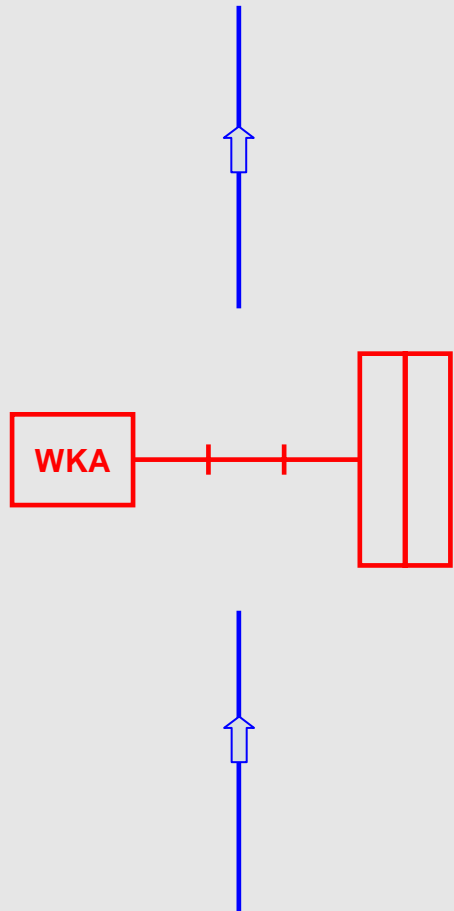
Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Definition der Stauanlage bei räumlicher Entfernung von Wehr, Kraftwerk und Schleuse; Anforderungen an die Durchgängigkeit

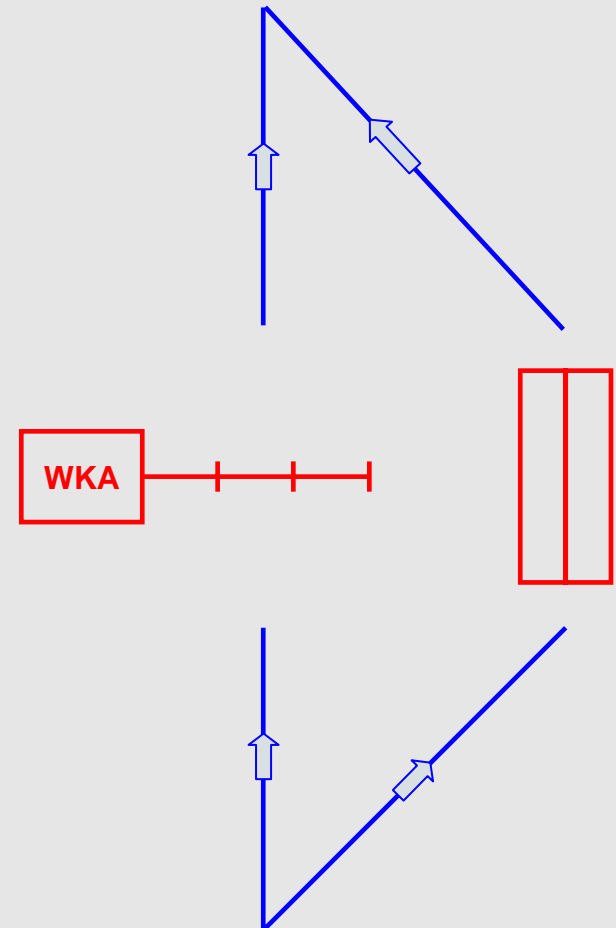
- Handelt es sich bei den in den Systemzeichnungen vorgestellten Varianten jeweils nur um eine Stauanlage im Sinne des § 34 WHG n.F.?
- Genügt die Herstellung der Durchgängigkeit an einer Anlage den gesetzlichen Anforderungen?
 - § 34 Abs. 1 WHG n.F.: „... soweit dies erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 zu erreichen.“
 - Technische Umsetzbarkeit

Bauliche Varianten der Stauanlagen am Neckar

Variante 1

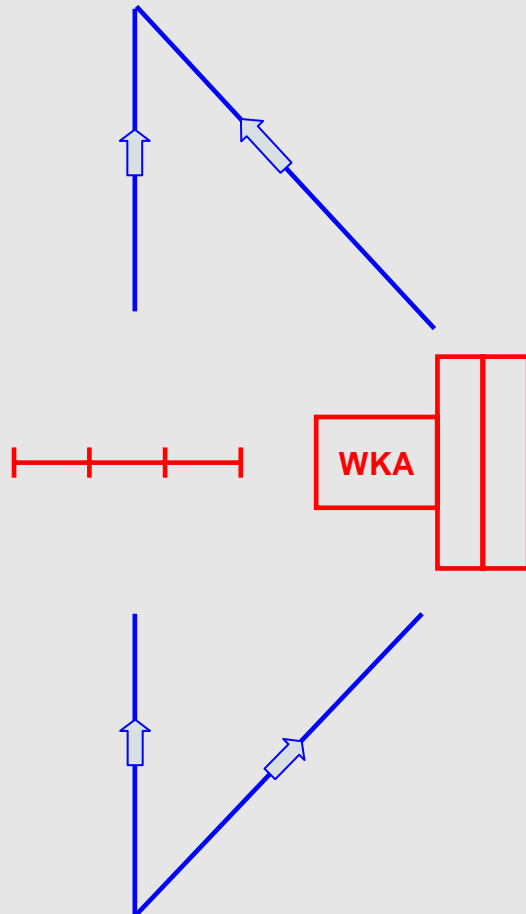


Variante 2

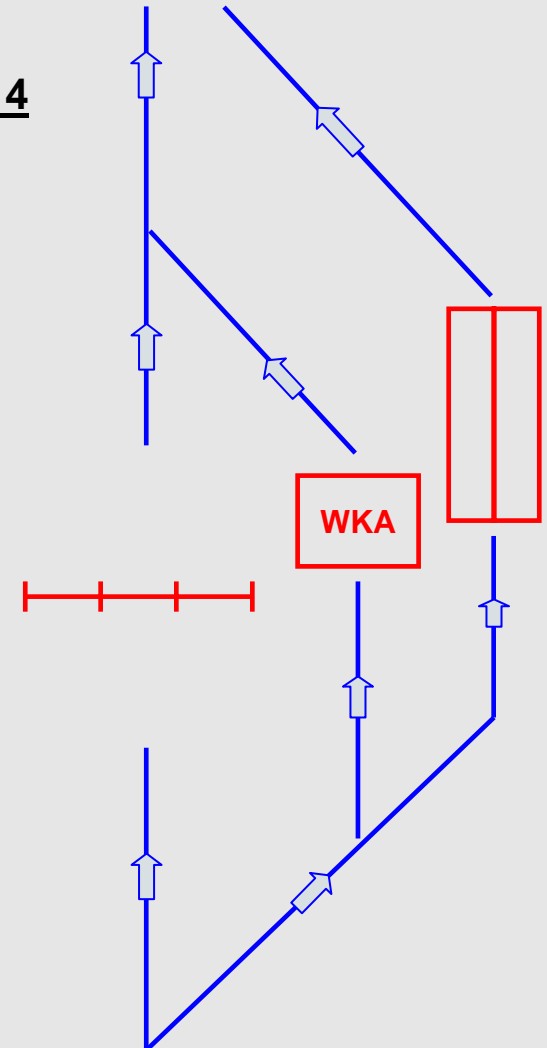


Bauliche Varianten der Stauanlagen am Neckar

Variante 3



Variante 4



Verwaltungsvereinbarung am Neckar

Rechtsfragen der Durchgängigkeit

Weitere Fragen

Der Bund sieht den Kraftwerksbetreiber mit in der Verantwortung gemäß § 34 Abs. 1 und 2 WHG.

- Kann die WSV für die zur Kompensation gemäß der Verwaltungsvereinbarung errichteten Fischaufstiege eine Kostenbeteiligung des Kraftwerksbetreibers verlangen?
- Kann die WSV für die im Rahmen der Schleusenverlängerung zerstörten Fischpässe, die nach dem Stand der Technik neu errichtet werden, eine Kostenbeteiligung des Kraftwerksbetreibers verlangen?
- Wie könnte an den anderen Staustufen der Kostenverteilungsschlüssel aussehen?

Wir machen Schifffahrt möglich.



WSV.de

Wasser- und
Schifffahrtsverwaltung
des Bundes

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

